

SATZUNG

zur Regelung des Flohmarktes

in der Fassung des V. Nachtrages vom 06.04.2000 *

Auf Grund der §§ 5, 19, 51 und 93 der Hessischen Gemeindeordnung, der §§ 2 (1) und 10 des Gesetzes über kommunale Abgaben, des Bundesgesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 24.05.1968 (BGBl. I S. 481) und des Einführungsgesetzes zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.05.1968 (BGBl. I S. 503) hat die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Sitzung vom 13.12.1979 folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gegeben wird.

§ 1

1. Die Stadt betreibt den Flohmarkt als öffentliche Einrichtung für den nicht gewerblichen Handel mit den nach § 5 dieser Satzung zugelassenen Gegenständen des Marktverkehrs.
2. Der Flohmarkt wird auf dem Rathausplatz veranstaltet.

§ 2

1. Der Flohmarkt findet grundsätzlich in der Zeit von Mai bis einschließlich Oktober jeden Jahres, und zwar am 3. Samstag im Monat (ausgenommen an gesetzlichen Feiertagen) in der Zeit von 8.00 Uhr bis 14.00 Uhr statt.
2. In Einzelfällen kann der Magistrat sowohl in den Sommermonaten (Mai bis Oktober) den Flohmarkt absetzen als auch in den Wintermonaten (November bis April) den Flohmarkt ansetzen sowie in Einzelfällen einen anderen Samstag bestimmen (z.B. Witterungsumstände, andere Veranstaltungen auf dem Rathausplatz etc.).
3. Die Verkaufsstände dürfen nicht vor 7.00 Uhr aufgestellt werden und müssen spätestens bei Marktschluss geräumt sein.

§ 3

1. Die Verkaufsplätze sind nicht markiert. Ein Verkaufplatz darf die Breite von 3,50 m und eine Tiefe von 1,60 m nicht überschreiten.
Die Verkaufsplätze werden von den Hilfspolizeibeamten zugewiesen.
2. Mehr als ein Verkaufplatz wird einem Anbieter nicht zugeteilt. Die Übertragung und Vereinigung von Plätzen ist nicht gestattet.
3. Eine Reservierung eines Verkaufsplatzes ist erforderlich (auch telefonisch möglich).
4. Ein Anspruch auf die Vergabe eines bestimmten Platzes besteht nicht.

§ 4

Für die Überlassung eines Verkaufsplatzes wird eine Standgebühr nicht erhoben.

§ 5

Gegenstände des Marktverkehrs sind künstlerische, kunstgewerbliche und Bastelarbeiten, ferner Gebrauchsgüter aller Art.

Ausgenommen sind solche Gegenstände, deren Handel auf Grund besonderer gesetzlicher Bestimmungen beschränkt oder untersagt ist. Außerdem sind nicht zugelassen: Kraftfahrzeuge und Gegenstände des Wochenmarktes im Sinne der Gewerbeordnung.

Im übrigen dürfen nur solche Gegenstände angeboten werden, die von einer Einzelperson in einem Stück ohne Zuhilfenahme mechanischer Vorrichtungen transportiert werden können.

§ 6

Das Anbieten oder der Verkauf von Kriegsspielzeug jeglicher Art ist nicht gestattet.

§ 7

1. Verkauf und Anbieten der nach § 5 dieser Satzung zugelassenen Gegenständen sind nur von den Verkaufsständen aus gestattet.
2. Das Befahren des Rathausplatzes mit Fahrzeugen aller Art sowie das Benutzen von Fahrzeugen als Verkaufsstand ist nicht gestattet.
3. Die Anbieter haben sich jeder Aufdringlichkeit zu enthalten. Das Publikum darf nicht belästigt werden. Lautes Ausrufen und das Anrufen von Kaufinteressenten ist untersagt.
4. Das Versteigern von Gegenständen ist nicht zulässig.
5. Der Aufbau von Zelten und Pavillons sowie die Benutzung von Klingeln, Pfeifen usw., Ton-Wiedergabegeräten, Lautsprechern oder Megaphonen ist nicht erlaubt.

§ 8

1. Jeder Anbieter ist für die Sauberkeit des ihm überlassenen Verkaufsplatzes verantwortlich.
2. Nach Marktschluss haben die Anbieter ihren Verkaufsplatz frei von Gegenständen und von Abfällen gesäubert zu hinterlassen.
3. Gegenstände und Abfälle, die nach Räumung des Marktes von den jeweiligen Anbietern des Verkaufsplatzes nicht entfernt sind, werden auf deren Kosten beseitigt.

§ 9

1. Den Anweisungen der Hilfspolizeibeamten ist Folge zu leisten.
2. Bei Verstößen gegen die Markt- oder öffentliche Ordnung oder andere Störungen, gleich welcher Art, die die ordnungsgemäße und reibungslose Durchführung des Marktes gefährden, erhält der/die Verursacher/in Platzverweis - der Standaufbau wird untersagt, ein bereits aufgebauter Stand ist sofort abzubauen.
3. Es kann weiterhin ein zeitlich begrenztes oder unbegrenztes Marktverbot ausgesprochen werden.

§ 10

Vorsätzliche und fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Gebote oder Verbote dieser Satzung können mit Geldbußen geahndet werden. Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.05.1968 (BGBL. I S. 481) sowie das Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.05.1968 (BGBL. I S. 503) finden Anwendung; zuständig ist der Magistrat.

§ 11

Diese Satzung tritt mit dem Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Eschborn, den 02.01.1980

DER MAGISTRAT

gez.: Simon
Erster Stadtrat

- | | | | |
|-----------------|------|----------|------------|
| * Inkrafttreten | I. | Nachtrag | 13.11.1981 |
| * Inkrafttreten | II. | Nachtrag | 09.02.1986 |
| * Inkrafttreten | III. | Nachtrag | 17.01.1995 |
| * Inkrafttreten | IV. | Nachtrag | 12.03.1998 |
| * Inkrafttreten | V. | Nachtrag | 16.04.2000 |